

für die Verwendung dieser Ergebnisse die Gefahr beschworen wird (die es sicherlich zu vermeiden gilt), in die Fallstricke von Ideologien zu geraten, die die Interpretation der Daten manipulierten, oder in den Positivismus zu verfallen, der die empirischen Daten zum Schaden des Gesamtverständnisses von Mensch und Welt überbewerte.

Hier gilt es, zwischen der Skylla der nur selektiven Wahrnehmung humanwissenschaftlicher Ergebnisse, soweit sie vorgefaßten Auffassungen entsprechen, und der Charybdis einer Vereinseitigung empirischer Ergebnisse und ihrer ebenfalls aus vorwissenschaftlichen Positionen heraus erfolgenden Interpretationen hindurchzusteuern. Es wird darauf ankommen, Mechanismen zu entwickeln, mit deren Hilfe der angesprochenen Gefahr begegnet werden kann.

Wenn in den „Richtlinien“ insbesondere für die praktische Wirklichkeit der Pastoraltheologie eine sehr realistische pastorale Sicht der heutigen „Krise“ der Familien als außerordentlich wichtig bezeichnet wird, so muß das Wesentliche hierüber in das Lehrprogramm eingehen und den Theologen vermittelt werden. Dies ist eine nicht gering einzuschätzende Aufgabe angesichts der inzwischen erfolgten Ausfächerung der sozialwissenschaftlichen Forschung und der unterschiedlichen und zugleich sich noch dauernd verändernden Rah-

menbedingungen von Ehe und Familie. Sie reicht bis hin zu den Grundfragen einer nicht auf wirtschaftliche Familienförderung verengten, sich als gesellschaftliche Querschnittsaufgabe verstehenden Familienpolitik (vgl. als systematische Darstellung zur Familienpolitik, ihren familienwissenschaftlichen Grundlagen und einzelnen wirtschafts-, sozial-, bildungs- und familienrechtspolitischen Handlungsfeldern auf den verschiedenen staatlichen und nichtstaatlichen Träger-ebenen: *Max Wingen*, Familienpolitik – Grundlagen und aktuelle Probleme, Stuttgart 1997).

Damit bleibt zu klären, wie die erheblichen Anforderungen nicht zuletzt an die ständige Weiterbildung bewältigt werden können. Sie wird zwar als wesentliches und unersetzliches Element der Ausbildung für das Familienapostolat herausgestellt. Aber für diese Weiterbildung darf es nicht bei der verbalen Forderung bleiben, daß sie systematisch, wirklich effizient und koordiniert mit dem Studienprogramm des Seminars zu erfolgen habe. Insofern wird man auch in dieser Hinsicht darauf gespannt sein dürfen, was die Ortsordinarien der Kongregation für das katholische Bildungswesen zur Umsetzung der „Richtlinien“ insgesamt zu berichten haben, wozu sie aufgefordert sind. Die Aufgabe ist nicht gering, der Einsatz aber dürfte sich im Interesse von Kirche, Gesellschaft und der Familien selbst lohnen. *Max Wingen*

Unter neuer Führung

Politische und kirchliche Entwicklungen auf den Philippinen

Auf den Philippinen amtiert seit diesem Frühjahr ein neuer Präsident. Die asiatische Wirtschaftskrise beutelt auch den mehrheitlich katholischen Inselstaat, dessen Bischöfe kürzlich in einem Hirtenbrief wirtschaftliche Reformen zugunsten der Armen gefordert haben. Wichtige Dienste leistet die Kirche auch für die gesellschaftlich-kulturelle Aufwertung der Urbevölkerung und den Dialog mit dem Islam.

Aus den Wahlen vom 11. Mai 1998 auf den Philippinen ging der bisherige Vizepräsident *Joseph Estrada* mit 40 Prozent der Stimmen als eindeutiger Sieger hervor. Noch kein philippinischer Präsident vor ihm hat eine solche Zustimmung bei der Bevölkerung gefunden. Nach der Wahl haben darüber hinaus 60 der 112 der Kongreß-Abgeordneten der Partei seines Vorgängers *Fidel Ramos* dem neuen Präsidenten ihre Mitarbeit zugesagt, wodurch dessen Machtbasis sich noch erweiterte. Nach unbestätigten Berichten wurde der Loyalitätswechsel der Kongreßabgeordneten durch die Zahlung nicht unerheblicher Summen erkaufte, genannt werden drei bis vier Millionen Pesos (150 000–200 000 DM).

Im *Wahlkampf* hatte sich *Estrada* vor allen anderen Kandidaten durch eine perfekt organisierte Kampagne ausgezeichnet, die in einem gewissen Gegensatz zu seinem persönlichen Wahlkampfstil stand, der stark von populistischen Ele-

menten geprägt war. *Estrada* nutzte den Nachteil, nicht zur etablierten Oligarchie in den Philippinen zu gehören, geschickt, um sich als „Anwalt der Armen und Benachteiligten“ zu empfehlen. Seine Wahl wurde erst durch den Vertrauensvorschuß von Seiten der ärmeren Bevölkerung in dieser Größenordnung möglich. Diese sieht in ihm einen Vertreter ihrer Interessen, weil er als Vizepräsident und vor allem als Bürgermeister der kleinen Stadt San Juan seit 16 Jahren immer die Verbindung zum „Mann auf der Straße“ gehalten hat.

Ein Gutteil seiner Popularität geht auf seine Zeit als Filmschauspieler zurück, als er in zahlreichen Filmen meist die Rolle des Underdog spielte, der sich für die Rechte der Armen und Unterdrückten einsetzt. *Estradas* persönliche Schwächen wie Glücksspiel, Frauengeschichten und Alkoholexzesse, die andere ihm vorwerfen, haben seine Popula-

rität jedenfalls bei den Wahlen eher erhöht. Auch der Versuch kirchlicher Kreise um Kardinal *Jaime Sin*, die Wahl Estradas zu verhindern, da er wegen seines zweifelhaften moralischen Verhaltens nicht zum Präsidenten taugt, haben nur gezeigt, daß die Bevölkerung eine kirchliche Einmischung in die Politik nicht länger als zeitgemäß ansieht. Der Nimbus der Rosenkranzrevolution und des Beitrags von Kardinal Sin zum Sturz von *Fernando Marcos* ist verblaßt. Andererseits hatte sich die mit vier Millionen Anhängern zahlenmäßig bedeutende und sehr disziplinierte El-Shaddai-Bewegung von *Mike Velarde* eindeutig für Estrada ausgesprochen. Nach seiner erfolgreichen Wahl zeigte dieser sich für die Unterstützung dankbar und machte den charismatischen Führer der El-Shaddai-Bewegung zu seinem „spirituellen Berater“, weil er „größeren Einfluß hat als Kardinal Jaime Sin“.

Ein neuer Führungsstil oder Vetternwirtschaft?

Das Etikett, Vertreter und Anwalt der Armen zu sein, das Estrada während der Wahlkampagne so geschickt benutzt hat, könnte sich jetzt als Belastung erweisen. Denn die einmal geweckten Erwartungen, daß sich das Los der ärmeren Bevölkerung unter einem Präsidenten Estrada schnell und nachhaltig ändern wird, sind angesichts der weitgehend leeren Staatskassen schwer oder gar nicht zu erfüllen. Die von ihm eingesetzte „Nationale Kommission für den Kampf gegen die Armut“ verfügt über keine eigenen Mittel und kann gerade das eigene Personal bezahlen. Angesichts der herrschenden Wirtschafts- und Finanzkrise sind höhere Mittel zur Armutsbekämpfung nicht verfügbar.

Die *Personalpolitik* des neuen Präsidenten hat weiter dazu beigetragen, Erwartungen zu enttäuschen; die Belange der Armen hätten für die neue Regierung einen besonders hohen Stellenwert. Hat Estrada doch eine ganze Reihe der ehemaligen „Marcos-Kumpane“ wieder in Positionen und hohe Ämter gebracht, aus denen sie nach der „Rosenkranzrevolution“ unter Präsidentin *Cory Aquino* vertrieben worden waren. Jetzt erinnern sich viele an den Beinamen „Erap“, gleichbedeutend mit „Kumpel“, den Estrada im Volksmund trägt. Mit Unbehagen wird gesehen, wie einst so mächtige Männer wie *Eduardo Cojuangco* und andere Industrielle und Finanzgewaltige wieder Einfluß auf die Regierung gewinnen. Die Rückkehr von Cojuangco in das Amt des Vorstandsvorsitzenden der größten philippinischen Firma, der San Miguel Corporation, hat in der Bevölkerung den Eindruck verstärkt, daß Personen und Familien, die unter Marcos für den Niedergang der Philippinen verantwortlich waren, ungestraft in ihre alten Funktionen zurückkehren können.

Cojuangco hatte schon im Wahlkampf dem Kandidaten Estrada mit seinen nicht unerheblichen Finanzmitteln kräftig geholfen. Zur Belohnung wurde er Vorsitzender der Partei des Präsidenten, der *Labang ng Masang Pilipino* (Partei des

Kampfes der philippinischen Massen), die aus dem Zusammenschluß der Demokratischen Partei der Philippinen, die Cory Aquino unterstützt hatte, und der Nationalistischen Volkskoalition hervorgegangen ist. Bei der Besetzung seines Kabinetts und anderer hoher Ämter läßt sich Estrada offensichtlich von sehr persönlichen Rücksichten leiten. Die Berücksichtigung von Verwandten und Freunden bei der Ämtervergabe entspricht ganz und gar nicht seinem Wahlversprechen, nur die „besten und geeignetsten“ Personen in die Regierung zu berufen.

Die ersten Tage der Regierung Estrada zeichneten sich nicht gerade durch politische Geradlinigkeit und Konsequenz aus: Die Ankündigung, den einbalsamierten Leichnam von Fernando Marcos auf dem Heldenfriedhof in Manila zu bestatten, war als Geste der Versöhnung gegenüber der Familie und den Anhängern von Marcos gedacht. Öffentlicher Protest zwang Estrada dann, diese Absicht fallenzulassen. Andererseits ist der Marcos-Familie das politische Comeback gelungen. Imelda Marcos hatte zunächst selbst für das Präsidentenamt kandidiert, ihre Kandidatur während des Wahlkampfes aber zurückgezogen und ihren Anhängern empfohlen, für Estrada zu stimmen. Inwieweit die Gerüchte zutreffen, daß dieser Schachzug zu Gunsten der Kampagne von Estrada mit Zusagen von dessen Seite verbunden waren, Gerichtsverfahren gegen Frau Marcos niederzuschlagen, ist nicht eindeutig zu klären. Der einzige Sohn des alten Diktators, *Ferdinand Marcos Jr.*, wurde bei den letzten Wahlen zum Gouverneur von Marcos Heimatprovinz Ilocos Norte auf Luzon gewählt. Seine Schwester *Imee Marcos* errang den Kongreßsitz im ehemaligen Wahlbezirk ihres Vaters.

In den sechs Jahren der Präsidentschaft von Fidel Ramos (1992–1998) erlebten die Philippinen eine Periode ununterbrochenen Wirtschaftswachstums. Es ist das Schicksal des neuen Präsidenten, daß der Beginn seiner Amtsperiode zeitlich mit der Währungs- und Wirtschaftskrise in Asien zusammenfällt, an deren Zustandekommen die Philippinen zwar kaum einen Anteil haben, deren Folgen aber ihre Volkswirtschaft stark treffen. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich so stark verschlechtert, daß der Spielraum der neuen Regierung wirtschaftlich und daraus folgend auch sozial sehr eingeschränkt ist. So blieb Estrada in seiner Rede zur Situation des Landes nichts anders übrig, als die wirtschaftlich miserable Situation der Philippinen in klaren Worten zu benennen.

Im Haushalt für 1998 klappt eine Lücke von ca. 3,25 Milliarden DM, während die Auslandsverschuldung bei über 80 Milliarden DM liegt und die Zahl der Arbeitslosen auf 4,3 Millionen, das entspricht einer Quote von 14 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung von 32,1 Millionen, gewachsen ist. Dazu kommen noch 15 Millionen Unterbeschäftigte als soziale Problemfälle. Die Öffentlichkeit nahm mit Zustimmung zur Kenntnis, daß Estrada die Mittel eines Investitions-Verfügungs-Sonderfonds in Höhe von 1,5 Milliarden DM, den sogenannten „pork barrel fund“, der den Mitgliedern von Kongreß und Senat für besondere Vergünstigung

gen zur mehr oder weniger freien Verfügung stand, abschaffen werde. Verbunden mit der Anordnung von Kürzungen in den öffentlichen Haushalten wurde diese Ankündigung als Anzeichen dafür gesehen, daß der neue Präsident den Kampf gegen Korruption und den angekündigten Sparkurs auch ernst meint. Wie die ersten Reaktionen zeigen, werden die betroffenen Politiker diese Maßnahme, die ihnen die bisher zugestandene Verfügung über öffentliche Mittel beschneidet, nicht ohne Widerstand hinnehmen.

Anders als sein Vorgänger Ramos hat Estrada Schwierigkeiten, das Vertrauen der Wirtschaft zu gewinnen. Die Unbeständigkeit und Sprunghaftigkeit einiger seiner ersten Entscheidungen haben nicht dazu beigetragen, die Unternehmer von der Kompetenz des Präsidenten in Wirtschaftsfragen zu überzeugen. Im Zusammenhang mit der allgemeinen Verunsicherung durch die Asienkrise sind dies negative Faktoren, die die Zukunft der philippinischen Wirtschaft nicht in rosigem Licht erscheinen lassen. Immerhin ist die wirtschaftliche Situation der Philippinen im Vergleich zu einigen asiatischen Nachbarländern nicht ganz so dramatisch. Für 1998 wird ein leichter Rückgang der Wirtschaftsleistung um 0,2 Prozent erwartet und für 1999 wieder ein leichtes Wachstum von zwei Prozent als realistisch angesehen. Im tatsächlichen Pro-Kopf-Einkommen liegen die Philippinen mit 2530 US-Dollar im Vergleich zu Indonesien mit 3500, Malaysia mit 9800, Taiwan mit 13500 und Singapur mit 22900 US-Dollar hinter ihren Nachbarländern aber immer noch weit zurück.

Das Problem der philippinischen Arbeitskräfte im Ausland

Schon in der Vergangenheit gab es Vorwürfe gegen die Regierung, sie setze sich nicht hinreichend für die Rechte der philippinischen Arbeitskräfte ein, die in vielen asiatischen Ländern beschäftigt sind. Nach dem Amtsantritt Estradas hat sich die Bischöfliche Kommission für die Betreuung der Überseearbeiter aus den Philippinen im Juli an den Präsidenten gewandt und um politische Unterstützung für die Wahrung fundamentaler Menschenrechte philippinischer Gastarbeiter in *Saudi-Arabien* gebeten. Eine ganze Reihe von Filipinos sind dort im Juni dieses Jahres wegen des Besitzes von religiösen Gegenständen wie Kreuze, Bibeln, Gebetbüchern und ähnlichen an sich selbstverständlichen christlichen Symbolen ins Gefängnis geworfen und gefoltert worden. Manche Maßnahmen der Saudis wirken direkt skurril, wenn z. B. die Zustellung von Weihnachtskarten und von Paketen mit der Aufschrift „Frohe Weihnachten“ von der Post verweigert wird. Auch ist von Anstrengungen saudiarabischer Regierungsstellen zu hören, katholische Filipinos zum Islam zu bekehren, indem ihnen Haftverschonung bei Konversion versprochen wird.

Nach Angaben der philippinischen Regierung beläuft sich die Zahl der philippinischen Arbeitskräfte, die gegenwärtig

in Saudi-Arabien tätig sind, auf 221047, von denen fast 90 Prozent katholisch sind. Wie anderen katholischen Gastarbeitern sind ihnen alle Möglichkeiten genommen, öffentlich zugängliche Gottesdienste zu feiern oder kirchliche Versammlungsstätten zu eröffnen. Bei einer Gesamtzahl von bis zu 400 000 Katholiken im Land – zu denen noch etwa 80 000 protestantische und 30 000 orthodoxe Christen kommen – ist diese Verweigerung der Anerkennung des Grundrechts auf öffentliche Religionsausübung für Christen und Angehörige anderer nicht-muslimischer Religionen ein bleibendes Ärgernis. Es ist erstaunlich, daß Länder wie die USA, die sonst die Menschenrechtsproblematik in ihren diplomatischen Beziehungen sehr ernst nehmen, im Fall Saudi-Arabien konsequent wegschauen.

Ein anderes Problemland ist *Taiwan*. Dort werden von den philippinischen Arbeitskräften über die vertraglich festgelegten „Plazierungs-Gebühr“ in der Höhe eines Monatsgehalts hinaus erheblich höhere Gebühren verlangt, eine Praxis, die durch das Eingreifen der philippinischen Regierung abgestellt werden soll, so die Forderung aus den Kreisen der philippinischen Bischofskonferenz.

Allein im Jahr 1997 haben die philippinischen Übersee-Arbeitskräfte – deren Zahl sich auf ca. 5 Millionen beläuft – mehr als 4 Milliarden US\$ an ausländischen Devisen in ihr Heimatland überwiesen. Die philippinische Regierung spricht von den überseeischen Arbeitskräften gern als den „Helden der Nation“ – ein schöner Titel, der aber nicht verdecken kann, daß die Regierung sich sonst nicht besonders für diese Gruppe einsetzt.

Die philippinischen Bischöfe haben in ihrem kürzlich veröffentlichten Wirtschafts-Hirtenwort der Regierung vorgeworfen, daß sie die positive Zahlungsbilanz der Philippinen im vergangenen Jahr als Erfolg ihrer Politik ausbeute und dabei verschweige, daß diese Bilanz nur durch den Exodus von Tausenden von Fachkräften aus den Philippinen ins Ausland ermöglicht wurde. Sie konnten in den Philippinen selbst keinen ihren Fähigkeiten entsprechenden Arbeitsplatz finden, an dem sie genug hätten verdienen können, um ihre Familien zu ernähren. So waren sie gezwungen, ins Ausland zu gehen, mit der Konsequenz daß sie beim wirtschaftlichen Aufbau der Philippinen fehlen – ein verhängnisvoller Kreislauf, der die wirtschaftliche Entwicklung des Landes ernsthaft gefährdet.

Islamisch-christlicher Dialog unter schwierigen Bedingungen

Im September 1996 hatte die Moro-Befreiungsfront (MNLF) durch ihren Vorsitzenden *Nur Misuari* einen Friedensvertrag mit der philippinischen Regierung unterzeichnet, der eigentlich das Ende der Kampfhandlungen zwischen islamischen Guerillas, die für eine muslimische autonome Region auf Mindanao jahrelang gekämpft hatten, und Regierungstruppen hätte bringen sollen. In dem Abkommen

wurde festgelegt, daß es auf Mindanao eine „Autonome Region der Muslime Mindanaos“ (ARMM) geben wird, die die vier Provinzen Maguindanao, Lanao del Sur, Sulu und Tawi-Tawi umfassen soll, in der die drei überwiegend islamischen Volksgruppen der Maranao, der Maguindanao und der Tausog leben. Die Bevölkerung von Mindanao ist zu 15–20 Prozent und die der Sulu-Inseln zu 95 Prozent muslimisch.

Als erster Gouverneur dieser autonomen muslimischen Region wurde Nur Misuari für eine Übergangszeit von drei Jahren gewählt; er übernahm zugleich auch den Vorsitz einer Kommission, des sogenannten „Südphilippinischen Rates für Frieden und Entwicklung“, der für die übrigen Provinzen auf Mindanao, in denen die Muslime eine Mehrheit darstellen, eingerichtet wurde. Nach der Vereinbarung soll 1999 eine Volksabstimmung stattfinden, in der über die geplante erweiterte autonome Region für die Muslime endgültig abgestimmt werden soll. Wegen der demographischen Verschiebungen durch die Einwanderung von Christen in die ehemals vornehmlich muslimischen Provinzen in Mindanao ist der Ausgang des geplanten Referendums ungewiß, da der Anschluß an die muslimisch beherrschte Region bei den Christen höchst unpopulär ist.

Auf seiten der Muslime haben sowohl die Moro Islamische Befreiungsfront (MILF) wie auch die extremistische Abu-Sayaff-Gruppe ihre Zustimmung zum Regierungsabkommen verweigert. Im Juli 1997 kam es zu heftigen Gefechten zwischen der Armee und militanten muslimischen Gruppen in der Provinz Maguindanao, bei denen vor allem unter der Zivilbevölkerung viele Opfer zu beklagen waren. Die Ermordung von Bischof *Benjamin de Jesus* von Jolo auf den Sulu-Inseln am 4. Februar 1997 löste große Erschütterung aus, galt der Oblaten-Bischof doch als einer der herausragenden Vertreter einer christlich-islamischen Verständigung und als Pionier beim Dialog unter den Religionsgruppen. Die Beziehungen zwischen Christen und Muslimen in den Philippinen sind daher auch weiterhin von einem weitverbreiteten Mißtrauen und Vorurteilen auf beiden Seiten bestimmt.

Hartnäckig halten sich Gerüchte, daß die muslimischen Befreiungsbewegungen in Mindanao durch ausländische muslimische Freiwillige unterstützt werden. Das sogenannte „Bischof-Ulama-Forum“, eine Kontaktgruppe von katholischen und protestantischen hohen Kirchenvertretern und islamischen Rechtsgelehrten und Gemeindeleitern hat diese Gerüchte zurückgewiesen und sie als Propaganda des philippinischen Militärs erklärt, dem es offensichtlich daran gelegen sei, den begonnenen Friedensprozeß zu stören. Das „Bischof-Ulama-Forum“ wurde 1996 von Erzbischof *Fernando Capalla* von Davao und den islamischen Gelehrten *Mahid Mutilan*, gegenwärtig auch Gouverneur von Lanao del Sur, gegründet. Ende Juli dieses Jahres wurden die beiden Gründer von der Jesuiten-Universität Ateneo de Manila für ihre Bemühungen um den christlich-islamischen Dialog mit einer Auszeichnung für Verdienste um die Öffentlichkeit geehrt. Die Arbeit des Forums geht trotz der Behinderungen einer christlich-islamischen Verständigung durch Extremisten von

beiden Seiten weiter. Vom 17. bis 19. August traf sich das Gremium jetzt in Iligan zu einer weiteren Konferenz, an der neun Bischöfe der 15 Diözesen Mindanaos und sechs Priester von katholischer Seite, vier protestantische Bischöfe und 25 muslimische Vertreter teilnahmen. Die muslimischen Vertreter traten bei diesem Treffen noch einmal für die Errichtung eines „islamischen Staates“ auf Mindanao ein, weil das Zugeständnis, eine „muslimische Region“ zu errichten, in keiner Weise den Erwartungen der Muslime entsprechen könne.

Es gelte, einen islamischen Staat zu errichten, charakterisiert „durch den Glauben an den einen Gott, die Anerkennung des Gesetzes Allahs, einem Bund zwischen den staatlichen Beamten und Allah, die Gesetze auszuführen und alle Nicht-Muslime zu schützen“, so die Wunschvorstellung der islamischen Seite, besonders der Vertreter der *Balik Muslim Bewegung*, einer Erneuerungsbewegung im Islam auf Mindanao. Es gibt aber auch weniger radikale Stimmen unter den Muslimen, die sich bewußt sind, daß die Forderungen der Eiferer bei vielen Muslimen, ganz zu schweigen unter der nicht-muslimischen Bevölkerung, nicht auf Zustimmung rechnen können.

Sorge der Kirche um die Stammesbevölkerung

In diesem Jahr häufen sich auf den Philippinen die kirchlichen Jubiläen. Dazu gehört die Erinnerung an die erste Weihe eines philippinischen Priesters vor 300 Jahren, die in der Erzdiözese Manila in einer besonderen Feierstunde begangen wurde. Am 21. Dezember 1698 war *Francisco Baluyot* als erster Einheimischer von dem spanischen Missionserzbischof *Diego Camacho* zum Priesteramt zugelassen worden. Interessant ist, daß Baluyot später nicht im Raum Manila als Priester gearbeitet hat, sondern in Mexico. Das Mißtrauen der spanischen Missionare gegenüber den einheimischen Filipinos hat den Aufbau eines philippinischen Klerus immer wieder behindert. Bis in die jüngere Vergangenheit wurden die Philippinen seelsorglich vornehmlich durch Priester der Missionsorden, Franziskaner, Dominikaner und Jesuiten versorgt. Kardinal Jaime Sin hatte zum Beginn einer ganzen Reihe von Veranstaltungen zum jetzigen Jubiläum die Priester der Diözese Manila aufgefordert, ihr Weiheversprechen feierlich zu erneuern.

Als „Vater der asiatischen Theologie“ wurde *Catalino Arévalo SJ*, der lange Jahre als Professor für Dogmatik an der theologischen Hochschule der Jesuiten in Manila unterrichtet hat, unlängst durch die Verleihung eines theologischen Ehrendoktors geehrt. Arévalo hat großen Anteil am Aufbau der Vereinigung Asiatischer Bischofskonferenzen (FABC) und hat der theologischen Arbeit dieser kontinentalen Bischofskonferenz wichtige Impulse gegeben. Die Schlußerklärung der ersten Vollversammlung der FABC in Taipei im Jahr 1974 stammte in ihren Grundzügen von ihm. Die dort gefundene Formel vom dreifachen Dialog – mit den

Religionen, mit den Kulturen und mit den Armen – wurde so etwas wie die Magna-Charta der Theologie der FABC.

Auch die Errichtung der Theologischen Beratungskommission der FABC, die jetzt als „Office for Theological Concerns“ eine offizielle Unterkommission innerhalb der FABC geworden ist, geht auf eine Initiative von Arévalo zurück. In den Philippinen hatte Arévalo als Berater der Bischofskonferenz, vieler einzelner Bischöfe und als Redenschreiber der Kardinäle Jaime Sin und Ricardo Vidal auf die theologische Richtung der philippinischen Kirche großen Einfluß. Weniger sichtbar, aber dafür von langfristiger Wirkung, war und ist seine Tätigkeit als Exerzitienmeister und spiritueller Berater für sehr viele Priester, Ordensleute und Schwestern.

Am 31. August beging Kardinal Sin seinen 70. Geburtstag. Bei den Feierlichkeiten aus diesem Anlaß wurde in besonderer Weise der Beitrag des Kardinals für die Missionsarbeit der philippinischen Ortskirche und für die Mission in Asien im allgemeinen herausgestellt. Die „Missionsgesellschaft der Philippinen“ wurde im Jahr 1965 von der philippinischen Bischofskonferenz anlässlich der Vierhundertjahrfeier der philippinischen Kirche „in Dankbarkeit für das Geschenk des Glaubens“ gegründet. Daß sie heute noch besteht und in Afrika und anderen asiatischen Ländern aktiv ist, verdankt sie aber Kardinal Sin, der als Protektor der nationalen Missionsgesellschaft entscheidende Impulse gegeben hat. Sin, der selbst chinesischer Herkunft ist, sein Vater stammte aus Xiamen in der Provinz Fujian in China, hatte immer ein starkes Interesse an der chinesischen Kirche, das durch seinen Besuch der VR China im Jahr 1984 noch gewachsen ist. Die von Sin gegründete „Lorenzo Ruiz Missionsgesellschaft“ kümmert sich in erster Linie um Chinesen in den Philippinen, hofft aber auch, in naher oder ferner Zukunft auf dem chinesischen Festland aktiv werden zu können.

Schon vor Jahren haben sich die philippinischen Bischöfe in einem Hirtenschreiben zu den pastoralen Aufgaben unter den Angehörigen der *Stammesbevölkerung* in den Philippinen geäußert. Als philippinische Kultur und Lebensweise wird in den Philippinen selber und im Ausland die „Kultur der Ebene“ (lowland culture) angesehen, während die Bräuche und Lebensformen der Stammesbevölkerung, die in den Bergregionen auf Luzon und Mindanao zum Teil lebendig geblieben sind, als eher exotisch und fremd gelten.

In der Öffentlichkeit wird man auf diese Bevölkerungsgruppen eigentlich nur dann aufmerksam, wenn durch den Bau von Staudämmen oder die Ausweitung der Anbauflächen der internationalen Obstkonzerne ihr Lebensraum gefährdet ist und ihre Besitzrechte an Grund und Boden von Enteignung bedroht werden. Durch ihre Zersplitterung in verschiedene Sprach- und Kulturgruppen, verbunden mit der geographischen Verteilung über die weite Inselwelt, fehlt ihnen eine gemeinsame Vertretung und Stimme im Land.

Die katholische Kirche auf den Philippinen hat an diesen Bevölkerungsgruppen einiges gutzumachen. Seit den Anfängen der christlichen Mission wurden die Missionare und später auch die einheimischen Priester und Kirchenvertreter

nicht müde, die Sitten und Bräuche, die traditionellen Gesänge und Tänze und anderes Stammesbrauchtum als „Götzen- und Teufelsdienst“ zu verdammen. Der philippinische Jesuit *Manuel Francisco* hat in jüngster Zeit im Norden von Luzon unter den Gemeinschaften der Ifugao in der Bergprovinz, mehr als 250 km nördlich von Manila, damit begonnen, das traditionelle Liedgut zu sammeln und neue Lieder im Stil dieser alten Traditionen für die christliche Liturgie einzusetzen. Francisco, der selbst nicht zur Stammesbevölkerung der Ifugao gehört, ist Musiker mit eigenen Kompositionen und gegenwärtig als Pfarrer in Kiangon im Apostolischen Vikariat Bontoc-Lagawe tätig, dem als Bischof *Francisco Claver SJ* vorsteht, der selbst aus der Stammesbevölkerung stammt.

Für eine Wirtschaftsreform aus dem Blickwinkel der Armen

In der Pastoralplanung von Bischof Claver für sein Vikariat nimmt die Arbeit an der Inkulturation der christlichen Botschaft in die Welt der alten Stammeskulturen einen großen Platz ein. Ein erstes Ziel besteht darin, die einheimische Bevölkerung der Ifugao und der anderen Stammesgesellschaften in ihrer Identität zu bestärken und ihnen das Gefühl des Stolzes auf ihre eigenen Traditionen wiederzugeben. Viele haben die Herabsetzung ihrer traditionellen Lebensweise so verinnerlicht, daß sie sich ihrer Herkunft und Sprache eher schämen, als daß sie darin einen Wert sähen, den es zu bewahren gilt.

Im Juli dieses Jahres veröffentlichten die philippinischen Bischöfe einen Hirtenbrief zur Lage der *Wirtschaft* im Land. Als erstes von vier Schreiben, die in Vorbereitung auf das Jubiläumsjahr 2000 erscheinen sollen, hatten die Bischöfe 1997 schon einen Hirtenbrief zur Erneuerung der philippinischen Politik vorgelegt. Als Ausgangspunkt ihrer Situationsanalyse haben sich die Bischöfe für den Blickwinkel der Armen entschieden, um im Licht des christlichen Glaubens und der Soziallehre der Kirche pastorale Aussagen über die wirtschaftlichen Entwicklungen in den Philippinen und weltweit zu machen. Die Bischöfe sind sich bewußt, daß die Probleme der Philippinen nur im Kontext der generellen asiatischen Wirtschaftskrise zu analysieren sind und daß auch alle Maßnahmen zur Verbesserung der Lage auf diesem Hintergrund getroffen werden müssen.

Andererseits betonen die Bischöfe, daß die wirtschaftliche Lage der Philippinen im Zeitraum 1992–1996 sich kontinuierlich positiv entwickelt habe, so daß die Zahl der unter der Armutsgrenze lebenden Filipinos sich von 39 auf 35 Prozent verringert hat. Die Aufwendungen für Erziehung und Soziales seien aber weit hinter den Anforderungen zurückgeblieben. Negativ haben sich auch die Schäden an der Umwelt im Gefolge des Ausbaus der Wirtschaft ausgewirkt.

Als besonders gravierendes Problem für das Land stellen die Bischöfe die auf allen Ebenen weitverbreitete Korruption

heraus, die an sich mögliche Wege zu einer wirtschaftlichen Gesundung verbaut. Angesichts der Globalisierung seien nationale Lösungen nur im Verbund mit Maßnahmen auf regionaler und internationaler Basis machbar. Die Bischöfe erkennen an, daß das Phänomen der Globalisierung sozial, ökonomisch und kulturell durchaus auch positive Seiten habe. Seine Auswirkungen für die weniger entwickelten Länder seien jedoch eher negativ, da die Regeln des internationalen Handels die ärmeren Länder weiter ins Abseits dränge.

Nach der Analyse wenden sich die Bischöfe der Aufgabe zu, auf der Basis der kirchlichen Soziallehre eine „Entwicklung mit menschlichem Gesicht“ zu beschreiben, wobei sie sich bewußt sind, kein allen Erwartungen entsprechendes Modell liefern zu können. Jedes Modell müsse jedoch von der zentralen Stellung der menschlichen Person und dem Prinzip der zwischenmenschlichen Solidarität ausgehen. Konkret bedeutet dies für die Bischöfe, daß eine Ausweitung der Kluft zwischen arm und reich vermieden werden muß, daß es keine Form eines wirtschaftlichen Imperialismus geben darf und vor allem die vorrangige Option für die Armen umgesetzt werden muß, als die von der Bibel geforderte spezifische Form der Solidarität. Die Bischöfe erinnern die Reichen und

Besitzenden an die soziale Bindung allen Eigentums, das immer dem Gemeinwohl verpflichtet bleiben müsse.

Angewandt auf die Philippinen kritisieren die Bischöfe die Anhäufung von Besitz an Boden und Wirtschaftsunternehmen in den Händen einiger weniger Personen oder Familien. Die Regierung wird daran erinnert, daß die oft angekündigte *Agrarreform* immer noch nicht oder nur unzureichend durchgeführt worden sei. Angesichts der Massenarbeitslosigkeit wird der Vorrang der Arbeit vor dem Kapital und der Rechte der Arbeiter vor dem Profit eingeschärft. Die Bischöfe unterstützen die Initiative des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen sowie die Initiativen vieler Aktionsgruppen auf lokaler Ebene, eine alternative Wirtschaftsform zu entwickeln, die die Sorge um den Menschen in den Mittelpunkt stellt und den Menschen als Subjekt der Entwicklung sieht.

Bei der Umsetzung dieser Aufgabe hätten in erster Linie die *Laien* eine prophetische Rolle zu erfüllen. Mit Blick auf die Jahrhundertfeier der Philippinen in diesem Jahr fordern die Bischöfe ihre Landsleute auf, eine neue Vision für die Zukunft zu entwickeln, im „Weltdorf“ der Zukunft echte politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erlangen.

Georg Evers

Kurzinformationen

Kritik am Vatikanischen Dokument über die Shoa

Die Erklärung der „Vatikanischen Kommission für die religiösen Beziehungen zu den Juden“ vom März dieses Jahres über die Shoa (vgl. HK, April 1998, 166 f., 189 ff.) wird in einer Anfang September veröffentlichten Stellungnahme des Gesprächskreises „Juden und Christen“ beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken kritisiert. Trotz beachtlicher Aussagen bleibe das Dokument in seinen historischen und theologischen Äußerungen hinter früheren Erklärungen von Papst und Bischöfen zurück. Die Autoren wehren sich in einem Abriß der Geschichte des Verhältnisses zwischen Christen und Juden gegen eine undifferenzierte Sichtweise der Loslösung der Kirche vom Judentum und erinnern an die von Kirchenvätern „theologisch begründete Feindschaft“ gegen

die Juden, denen das Anrecht auf die biblische Erwählung abgesprochen wurde. Jedoch: „Gehört zum Respekt vor dem Mysterium Gottes nicht auch die Demut, nicht zu wissen, warum es zur dramatischen Trennung von Christentum und Judentum kam?“ Vor allem aber wird beklagt, daß der vatikanische Text zwar einzelnen Christen Schuld zuweise, die Kirche aber davon ausnehme. Im Laufe der Kirchengeschichte habe aber die katholische Kirche Schuld auf sich geladen. Der These, die Wurzeln des Antisemitismus lägen außerhalb des Christentums, müsse deshalb widersprochen werden. Alles in allem sei die Haltung der katholischen Kirche zur Shoa „ambivalent, wenn nicht beschämend“, lautet das Fazit. Die Autoren fordern deshalb dazu auf, „daß im bereits angekündigten päpstlichen Schreiben zum Versöhnungsjahr 2000 die Kirche, gerade auch als institutionelle Größe, ihre Mitschuld und Verantwortung er-

kennt und bekennt“. Außerdem sollten die Vatikanischen Archive zum Studium der einschlägigen Dokumente geöffnet werden.

Bischof Lehmann würdigt Grundsätze zur ärztlichen Sterbebegleitung

Die Bundesärztekammer habe an den entscheidenden Stellen keine Zustände gemacht: So der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof *Karl Lehmann*, zu den am 11. September vom Vorstand der Ärztekammer nach mehrjähriger Beratung verabschiedeten „Grundsätzen zur ärztlichen Sterbebegleitung“ (vgl. HK, Juli 1997, 336 ff.). Die Richtlinien zögen eine klare Grenzlinie gegenüber aktiver Euthanasie. Ausdrücklich betonte Lehmann, es sei von großer Bedeutung, daß in den Richtlinien Wach-Koma-Patienten als Lebende